

Das Volk will vom neuen Volksrecht nichts mehr wissen

Deutliches Ja zur Abschaffung des konstruktiven Referendums bei der Abstimmung im Kanton Zürich

Das konstruktive Referendum wird, nur sechs Jahre nach seiner Einführung, wieder aus der Zürcher Verfassung gestrichen. Die Stimmenden haben sich mit 59,6 Prozent Ja für die Abschaffung ausgesprochen.

Adi Kälin

Der zuständige Regierungsrat Martin Graf war über den Ausgang der Abstimmung sichtlich zufrieden. Es sei zwar immer schwierig, ein einmal eingeführtes Volksrecht wieder abzuschaffen, hat er an einer Medienkonferenz am Sonntag gesagt. Tatsächlich sei das konstruktive Referendum bei seiner Einführung als Weiterentwicklung der direkten Demokratie gefeiert worden. In der Zwischenzeit habe man aber feststellen müssen, dass es ein unberechenbares Instrument sei. Die gesetzgeberische Gewalt des Kantonsrats sei unterlaufen worden, und unterlegene Minderheiten hätten das konstruktive Referendum dazu missbraucht, ihre Positionen doch noch zur Abstimmung zu bringen.

«Nein, aber» statt «nein»

Der Verfassungsrat hatte das konstruktive Referendum in die neue Zürcher Verfassung aufgenommen, um das Volk stärker am Gesetzgebungsprozess teilhaben zu lassen. Es sollte nicht mehr nur Nein sagen können zu einer Vorlage des Parlaments (mit einfachem Referendum), sondern auch «Nein, aber». Mit 3000 Unterschriften konnte einer vom Kantonsrat beschlossenen Vorlage ein Gegenvorschlag gegenübergestellt werden. SVP, FDP, CVP und BDP hatten sich zusammen mit dem Regierungsrat für die Abschaffung des Volksrechts ausgesprochen, weil es zu komplizierteren Abläufen in den Kommissionen, im Rat und vor allem an der Urne führe – und weil das Ergebnis nicht immer klar sei. Acht Mal wurde das konstruktive Referendum ergriffen, und acht Mal wurden die so eingebrachten Gegenvorschläge abgelehnt.

Claudio Zanetti (svp.) hatte mit seiner parlamentarischen Initiative den Anstoss für die Abschaffung des konstruktiven Referendums gegeben. Natürlich freute er sich über das deutliche Ergebnis. Die Leute wollten eben nicht, dass man ihnen zu komplizierte Vorlagen präsentiere. Das Parlament müsse

seine Arbeit erledigen und dem Stimmvolk ein Paket vorlegen, zu dem es Ja oder Nein sagen könne. Zanetti ortete aber noch ein tiefer liegendes Problem: Vermutlich sei es überhaupt falsch, bei Abstimmungen ein doppeltes Ja zu erlauben. In diesem Punkt hätten es wohl die alten Verfassungsväter besser gemacht. Er würde sich deshalb auch der Diskussion um die Abschaffung der kantonsrätlichen Varianten zu Vorlagen nicht verschliessen, die zu ähnlich komplizierten Abstimmungen führen können wie das konstruktive Referendum.

Mitschuld der Regierung?

SP-Nationalrat Andreas Gross, einer der Väter des konstruktiven Referendums, ist enttäuscht vom Ausgang der Abstimmung. Man habe zu wenig Zeit gehabt, den Leuten zu erklären, worauf sie nun verzichteten, sagte er. Er bedauerte vor allem, dass es offenbar keine Kultur der Weiterentwicklung der direkten Demokratie gebe. Der Kanton Zürich verzichte mit der Abschaffung des konstruktiven Referendums auf seine Pionierrolle, die er seit dem 19. Jahrhundert gespielt habe. Gross findet aber auch, dass der Regierungsrat seine Verantwortung nicht wahrgenommen habe. Er hätte im Kantonsparlament für den nötigen Respekt gegenüber dem Verfassungsrat sorgen und das neue Volksrecht verteidigen müssen. «Im heutigen Regierungsrat gibt es aber keinen Anwalt mehr für die direkte Demokratie», sagte Gross. In einem Interview hatte er kürzlich schon mitgeteilt, dass man in dieser Hinsicht den früheren Regierungsrat Markus Notter vermisste.

In der Stadt Zürich kann nun das konstruktive Referendum nicht eingeführt werden. Im Fall eines Neins hätte der Stadtrat auf Geheiss des Gemeinderats innert sechs Monaten eine entsprechende Weisung vorlegen müssen.